

# **Pakistan: Solidarität mit den OrganisatorInnen des Marsches der Studierenden!**

*Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1079, 5. Dezember 2019*

Die Beteiligung

am Solidaritätsmarsch der Studierenden am Freitag, den 29. November, war sehr beeindruckend mit Demonstrationen in 55 Städten. Zu den wichtigsten Forderungen gehörten die Beendigung der Schikanen gegen StudentInnen, die Entfernung von Militärpersonal vom Campus und das Recht, Studierendenverbände und -gewerkschaften zu organisieren.

Bezeichnenderweise

wurden auch Losungen erhoben, die sozialistische Lösungen fordern.

Pakistan

befindet sich derzeit in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds hat zu Inflation und Arbeitslosigkeit sowie zu einem Anstieg von Hunger und Armut geführt. Mit zunehmender Verschlechterung der Bedingungen nimmt die Zahl der Revolten zu und die Bewegungen nehmen Fahrt

auf. Bildungseinrichtungen sind von Vetternwirtschaft und Korruption, schlechter Bildung und selbst dem Mangel an grundlegenden Einrichtungen wie sauberem Trinkwasser und Toiletten geprägt. Die Schwere der Probleme verschärft sich, wenn man den Geschlechteraspekt betrachtet. Die Mehrheit der Mädchen aus ArbeiterInnenfamilien findet sich nicht nur der höheren, sondern oft sogar der elementaren Bildung beraubt.

Darüber hinaus streiten die herrschenden Klassen nicht nur untereinander, sondern versuchen auch, sich mit der größeren Wirtschaftskrise herumzuschlagen, die durch die Rettungsaktion des IWF verschärft wurde. Kurz gesagt, es existiert eine große Regierungskrise, und in dieser Situation reift das Potenzial für einen Massenaufstand. Der Solidaritätsmarsch der Studierenden, die Streiks der Großen Gesundheitsallianz und der EnergiearbeiterInnen von WAPDA (Wasser- und Strombehörde), unter anderen, sowie die Mobilisierungen der PaschtunInnenschutzbewegung, PTM, sind Ausdruck dieses Potenzials.

## **Repression**

In dem Maße wie die Regierung schwächer wird, nehmen ihre Aktionen einen

zunehmend defensiven  
und barbarischen Charakter an. Zuerst vertrieben  
GesetzhüterInnen Alamgir  
Wazir, einen ehemaligen Studenten der Punjab University, der  
auch als  
Vorsitzender des PaschtunInnenrates fungierte, aus den  
Räumlichkeiten der  
Universität. Er ist auch der Neffe des Nationalratsmitglieds  
und PTM-Chefs Ali  
Wazir. Er war auf den Campus gekommen, um seinen Bachelor-  
Abschluss in  
Geschlechterforschung von der Universität zu holen, und  
übernachtete in der  
Campus-Herberge im Zimmer seines Cousins. Er richtete sich  
auch an den Solidaritätsmarsch  
der Studierenden am 29. November und kritisierte den Staat  
dafür, Urdu als  
gemeinsame Sprache im ganzen Land durchzusetzen und  
militärische Operationen  
durchzuführen, die zur Ermordung von PaschtunInnen führten.  
Nachdem Alamgir  
Wazir abgeholt worden war, organisierte der PaschtunInnenrat  
einen Protest vor  
dem Haus des Vizekanzlers der Punjab University. Die Polizei  
stellte ihn am 2.  
Dezember vor ein Gericht, und er wurde für 14 Tage in  
Untersuchungshaft  
genommen.

In Lahore hat  
die Polizei auch ein Verfahren gegen die OrganisatorInnen des  
studentischen  
Solidaritätsmarschs eingeleitet, darunter Alamgir Wazir, Ammar  
Ali Jan, Tariq  
Farooq, Iqbal LaLa (der Vater von Mashal Khan, einem Schüler  
der Abdul Wali

Khan Universität in Mardan, der wegen Blasphemievorwürfen  
gelyncht wurde),  
sowie „250-300 nicht identifizierte TeilnehmerInnen“. Die  
Polizei hat den Fall  
im Namen des Staates aufgenommen, weil die StudentInnen  
provokante Reden und  
Slogans gegen den Staat und seine Institutionen gehalten  
hätten. Die Polizei  
sagte, dass sie auch die anderen an dem Fall beteiligten  
Personen festnehmen  
werde.

Darüber hinaus  
gibt es Berichte, dass die Punjab Universität die Zulassung  
einer Studentin aus  
Wasiristan, die eine Cousine eines Studentenaktivisten ist,  
aufgehoben hat. Die  
Aufhebung ihrer Zulassung und die willkürliche Verhaftung von  
Alamgir Wazir  
zeigen den rassistischen Charakter eines Staates, in dem  
PaschtunInnen zu den  
häufigsten Zielen rassistisch motivierter Kontrollen gehören.  
Der Staat macht  
jedoch nicht bei der Erstellung von rassistischen Profilen  
Halt, sondern  
richtet sich gegen jede/n, der/die den Status quo in Frage  
stellt, unabhängig  
von Rasse/Ethnizität.

Tage vor dem Marsch  
der Studierenden beendete die Punjab University das  
Aufbaustudium eines der  
OrganisatorInnen, Hasnain Jameel, der Master-of-Philosophy-  
Student der  
Politikwissenschaft ist (MPhil: Abschluss eines

Forschungsstudiums auch außerhalb der Philosophischen Fakultät). Er wurde darüber informiert, dass sein Abschluss aberkannt wurde und ihm der Zugang zur Universität untersagt ist.

Ebenso verbot die Regierung vor dem Marsch alle politischen Aktivitäten der StudentInnen in der belutschischen Provinz und verlieh den Sicherheitsbehörden umfassende Befugnisse, um die Teilnahme der StudentInnen an jeder Art von öffentlicher Versammlung zu verhindern.

Trotz all dieser Hürden stellte der studentische Solidaritätsmarsch immer noch einen Erfolg dar.

Die Reaktion des Staates auf die Forderung der StudentInnen nach nichts anderem

als ihrem demokratischen Recht auf gewerkschaftlicher Organisation und auf ein

Ende von Belästigung und Militarisierung bestätigt diesen Erfolg. Die

Organisation im Vorfeld des Marsches zeigte auch, wie viel Energie in der

pakistanischen Jugend gegen die Frustrationen eines zerfallenden

kapitalistischen Systems steckt. Die Beteiligung und der Umfang der Proteste

waren weitaus größer als im Marsch des Vorjahres. Mit Ausnahme des

Sektierertums einiger weniger, wie der International Marxist Tendency,

unterstützten fast alle großen linken Gruppen den Marsch und nahmen daran teil.

# Perspektive

Ein Kontingent

von proletarischen und der unteren Mittelschicht angehörenden Menschen mit

Flaggen der Pakistanischen Volkspartei (PPP) nahm ebenfalls am Marsch teil. Es

ist wichtig zu überlegen, wie wir mit solchen Entwicklungen umgehen sollten,

denn trotz ihrer Unterstützung für eine bürgerliche Partei haben sich diese

Schichten eindeutig mit den Zielen des Marsches identifiziert.

Wir brauchen ein

sozialistisches Programm, das diesen Teilen angeboten wird, wenn sie an unseren

Veranstaltungen teilnehmen. Sein Zweck wäre es, ihnen zu zeigen, wie das

Programm ihrer jetzigen Partei ihre Interessen nicht verteidigt und verteidigen

kann. Wir kämpfen für die Führung der ArbeiterInnenklasse in der

regierungsfeindlichen Bewegung auf der Grundlage unseres sozialistischen

Programms, und das kann nicht geschehen, ohne die rivalisierenden

KonkurrentInnen für dieselbe Führung zu kritisieren. Mit der richtigen Art von

Politik können wir diejenigen Schichten gewinnen, deren historisches Interesse

im Sturz des Kapitalismus liegt, was die PPP nie erreichen kann.

Eine der

wichtigsten Errungenschaften des diesjährigen Marsches war,

dass die StudentInnen zeigten, wie wichtig es ist, wieder zu lernen, wie man organisiert. Sie hielten öffentliche Versammlungen auf dem Campus ab. Sie hängten Poster auf den Straßen auf. In Lahore mobilisierten sie beim Faiz-Festival (Musik-, Kunst- und Literaturfest) und ließen sich nicht von absurder Kritik aus den reaktionären Teilen der Gesellschaft abschrecken. In vielen Bereichen versuchten die StudentInnen, in ArbeiterInnenviertel und Quartiere der unteren Mittelschicht zu gehen und sprachen mit den Menschen dort, um sie zum Protest einzuladen.

Kurz gesagt, die Mobilisierungen haben gezeigt, dass große Proteste entstehen, wenn wir lernen, wie man sie organisiert. Die Menschen schwärmen nicht einfach zu Protesten in Massenzahlen, weil jemand ein Facebook-Event erstellt oder darüber getwittert hat. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, Menschen twittern, twittern zurück und teilen Dinge, weil sie sehen, wie andere vor Ort organisieren.

Gleichzeitig sahen wir, wie der Premierminister und andere MinisterInnen der derzeitigen von der PTI (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit) geführten Regierung versuchten, die augenblickliche Gelegenheit zu ergreifen, indem sie scheinbar

zugunsten von studentischen Gewerkschaften twitterten. Wir haben auch gesehen, wie Bilawal Bhutto Zardari von der PPP die Anstrengung eines Prozesses gegen die VeranstalterInnen des studentischen Marsches verurteilt hat. Murtaza Wahab, Rechtsberater des Ministerpräsidenten im Sindh, Murad Ali Shah, sagte Anfang der Woche, dass er die Wiederherstellung der StudentInnenschaftsgremien in der Provinz genehmigt hat. Er sagte weiter, dass die Regierung von Sindh im Prinzip beschlossen hat, studentische Verbände in Bildungseinrichtungen der Provinz wieder in Kraft zu setzen. Auch wenn dies nur ein Versuch ist, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, verkörpert es einen wichtigen Sieg für die studentische Bewegung.

Die PTI ist im Zentrum in der Regierung, während die PPP seit langem die Leitung der Sindh-Versammlung innehat. Auf typische neoliberale Weise versuchen beide bürgerlichen Parteien, eine Bewegung zu kooptieren, die aus der Mobilisierung an der Basis entstanden ist. Dies wirft die Frage auf, in welche Richtung sich die StudentInnenbewegung sowohl unter den Bedrohungen des Staates als auch unter den Versuchen von Teilen der Bourgeoisie und der Mittelschichten entwickeln wird, die gegenwärtige Gelegenheit beim Schopf zu packen? Wenn wir die Wünsche derjenigen StudentInnen, die Losungen für ein



„Surkh Asia“ (Rotes Asien) skandiert haben, wirklich wahr machen wollen, dann müssen wir uns dieser Frage bewusst sein und eine eigene Strategie entwickeln.

Wir fordern:

- Alamgir Wazir muss sofort und bedingungslos freigelassen sowie öffentlich der Fehler durch die für die Verhaftung verantwortliche Behörde eingestanden werden.
- Alle rechtlichen Schritte gegen die OrganisatorInnen des studentischen Marsches, einschließlich Alamgir Wazir, werden unverzüglich eingestellt.
- Alle StudentInnen, deren Zulassungen storniert worden sind, werden sofort wieder aufgenommen.
- Versammlungs- und Protestfreiheit für alle, unabhängig von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, BürgerInnenstatus, Religion usw.
- Die rassistische Profilerstellung von PaschtunInnen, BelutschInnen, Sindhi, Muhadschiri (Urdu-sprachige multiethnische MuslimInnen, die nach der Teilung Indiens 1947 nach Pakistan flohen) und allen unterdrückten Nationalitäten, die unter pakistanischer Herrschaft leben, muss beendet werden.
- Alle Forderungen des StudentInnenmarsches sollen

akzeptiert werden.

---

# **Diskutieren geht nicht! Veranstaltungsreihe zum Antisemitismus wird bekämpft – Rede und Versammlungsrecht verteidigen!**

*Stellungnahme der Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1075, 3.  
November 2019*

Zu den wenigen „guten“ Traditionen der „Linken“ in Deutschland gehört die gemeinsame Nutzung von Veranstaltungsräumen in einer Stadt. Trotz mancher ideologischer und methodischer Differenzen versuchen Organisationen, diese Räume gemeinsam zu nutzen und auch diese zu erhalten. So geben sich bei vielen Veranstaltungsräumen Gruppierungen die Klinke in die Hand, die sonst kaum gegenseitig solidarisch wären. Das gehörte hierzulande lange zur Normalität, gewissermaßen auch eine „demokratische“ Errungenschaft.

Seit mehreren Jahren sind jedoch linke, antiimperialistische

und palästina-solidarische Gruppierungen mit Versuchen sog. „antideutscher Gruppierungen“ konfrontiert, dass Veranstaltungen verhindert werden, die ihrer pro-imperialistischen Haltung zum „Nahostkonflikt“ nicht entsprechen.

Zur Zeit trifft dies auch unsere Organisation. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Antisemitismus – eine marxistische Analyse“ wollen wir in mehreren Städten die Ausgabe 51 des [„Revolutionärer Marxismus“](#), des theoretischen Journals der Gruppe ArbeiterInnenmacht, vorstellen. Dieses Vorhaben wird zur Zeit in jeder Stadt torpediert und diffamiert, wo wir eine materialistische Kritik des Antisemitismus zur Diskussion stellen wollen. So wurden zuletzt unsere geplanten Veranstaltungen in Berlin (Mehringhof) und in Stuttgart (Falkenbüro) abgesagt.

So begründete das Falkenbüro die Absage damit, dass die „antideutsche Szene“ Druck ausgeübt habe, dem nachzugeben es sich gezwungen sah. Der Mehringhof möchte dieses „konfliktbehaftete“ Thema nicht in seinen Räumlichkeiten diskutiert haben. So argumentiert zumindest die Mehrheit der dortigen Projekte und/oder Organisationen.

In Dresden mobilisiert die antideutsche Szene unter anderem auch mit Drohungen gegen den dortigen kurdischen Verein und hat eine Demonstration gegen unsere Veranstaltung angekündigt.

Auch außerhalb der Veranstaltungsreihe nehmen diese

politischen Angriffe zu. So soll in den kommenden Wochen eine Veranstaltung über den sogenannten „linken Antisemitismus“ in Kassel stattfinden, womit sie die Nichtanerkennung der zionistischen Besatzungspolitik in Palästina meinen. Hier soll die pseudowissenschaftliche Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus am Beispiel der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION und dem Friedensratschlag in Kassel konstruiert werden. In Frankfurt am Main soll es eine ähnliche Veranstaltung am Beispiel des aufgelösten und von staatlicher Repression betroffenen Jugendwiderstands geben.

Es war uns durchaus klar, dass dieses Thema polarisiert. Deswegen haben wir ja auch diesen Artikel veröffentlicht, um eben eine marxistische Analyse des Antisemitismus herzuleiten, seine rassistisch verkürzte Kapitalismus„kritik“ offenzulegen, welche Klassenbasis ihm zugrunde liegt und wie dieser von der ArbeiterInnenbewegung bekämpft werden kann. Ebenfalls haben wir im Artikel dargelegt, warum „Israelkritik“ nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen ist. So ist auch Antizionismus (sofern sich dahinter kein Antisemitismus versteckt) für jede/n internationalistische/n Aktive/n zu verteidigen, da wir den Zionismus als eine nationalistische und reaktionäre Ideologie ablehnen. Wir differenzieren in dem Artikel zwischen Antisemitismus

als Kernelement jeder reaktionären rassistischen Ideologie (wie er gerade auch wieder in und um den rechten Terror in Halle deutlich geworden ist) und einer notwendigen linken Kritik am Staat Israel und seiner Rolle im neokolonialen System des Nahen Ostens. Wir lehnen gerade die Identifizierung jüdischer Menschen weltweit mit der Politik dieses Staates grundlegend ab, ja halten diese Ineinssetzung selbst für zutiefst antisemitisch. An diesem Punkt sind dann alle „antideutschen, ideologiekritischen“ Szenen und Gruppierungen alarmiert. Sie fürchten Widerspruch zu ihrer Definition von Antisemitismus, die sich mit der der Bundesregierung deckt, wie auch ihre „Israelsolidarität“ mit der israelischen Rechten von uns abgelehnt wird.

Wir halten es ebenso für ein demokratisches Recht, diese linke Kritik zu veröffentlichen und auch dies öffentlich zu vertreten wie auch konträre Positionen in der „Linken“ zu diskutieren. Wenn dies nun in Frage gestellt wird, ist es die Aufgabe der ganzen „Linken“, sich dazu zu verhalten. Wir rufen Gruppierungen, Netzwerke und Strömungen auf, das Recht auf „freie Meinungsäußerung“ gerade auch in „linken Räumlichkeiten“ zu verteidigen.

Dass wir BDS Berlin und das Palästinakomitee Stuttgart eingeladen haben, wird ebenfalls als Vorwand benutzt, um gegen unsere

Veranstaltungen zu hetzen. Wir verteidigen das Recht der palästina-solidarischen Bewegung, öffentlich zu sprechen und gegen den demagogischen und verleumderischen „Antisemitismus-Vorwurf“ Stellung zu beziehen. Wir halten es für ein demokratisches Recht der Palästina-Solidarität, der migrantischen und anti-imperialistischen Organisationen, sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen und mit uns zum Thema zu sprechen.

Auch außerhalb dieser Veranstaltungen nehmen solche gezielten bürokratischen Angriffe zu. Dafür haben wir mit anderen linken Organisationen im Juni den gemeinsamen Aufruf [„Antizionismus ist kein Antisemitismus“](#) gestartet. Wir rufen alle Linken auf, diesen gemeinsamen Aufruf zu unterzeichnen und künftig solche bürokratischen Manöver nicht unbeantwortet zu lassen. Ein gemeinsamer Widerstand gegen diese darf nicht nur dabei stehenbleiben, sondern braucht auch eine klare Perspektive, wie wir gegen den erstarkenden Antisemitismus ankämpfen wollen und müssen.

Für uns zeigt dies erneut, dass der Kampf gegen den Antizionismus, den der deutsche Imperialismus samt seiner „antideutschen“ ErfüllungsgehilfInnen führt, dem notwendigen Kampf gegen den Antisemitismus in Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks praktisch im Wege steht. In Zeiten antisemitischer Anschläge, wie dem kürzlich in Halle, offenbart sich diese politische Agenda zunehmend als reaktionär.

Wir müssen inzwischen davon ausgehen, dass nicht nur alles versucht wird, dass wir keine Räume bekommen, sondern auch die Veranstaltungen gestört werden und es zu Übergriffen kommen kann. Dies ist sicherlich beschämend für die „Linke“ insgesamt, zeigt aber deutlich, dass die antideutsche Szene einen staatstragenden, pro-imperialistischen und reaktionären Charakter trägt.

Wir wollen gerade bei „konfliktbehafteten Themen“ die Diskussion führen, sehen darin die Möglichkeit, politische Differenzen zu überwinden: Diskussion statt Verbot wäre unsere Losung. Wir hoffen auf die Solidarität der internationalistischen Linken, damit wir unsere Veranstaltungen durchführen können – ohne Störungen und ohne Gewalt.

Kontaktiert uns, wenn Ihr Interesse habt, das Thema in Eurer Stadt zu diskutieren wie auch, wenn Ihr unsere Veranstaltungen besuchen und schützen wollt!

Schließlich halten wir es für notwendig, dass nicht einfach pauschal über unseren angeblichen „Antisemitismus“ Verleumdungen verbreitet und darauf aufbauend Verbote ausgesprochen werden, sondern vielleicht erstmal unsere Thesen zu lesen: Denn gerne sind wir bereit, auch darüber zu diskutieren (<http://arbeiterinnenmacht.de/2019/09/12/antisemitismus-zionismus-und-die-frage-der-juedischen-nation/>).

Lasst uns also nicht nur mit diesen staatstreuen RassistInnen herumschlagen,  
sondern gemeinsam für eine Welt kämpfen, in der Antisemitismus keinen Nährboden haben kann!

Daher laden wir auch noch einmal zur Teilnahmen an den drei Veranstaltungen ein:

Berlin, 14. November, 19.00 Uhr, Spreefeld Genossenschaft,  
Wilhelmine-Gemberg-Weg-14

Stuttgart, 16. November, 18.00 Uhr, Clara-Zetkin-Haus,  
Gorch-Fock-Straße 26

Dresden, 14. Dezember, 18.00 Uhr, Kurdischer Verein,  
Oschatzer Str. 26

---

## **Nein zur türkischen Invasion! Solidarität mit Rojava!**

*Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1072, 9. Oktober 2019*

Am 9. Oktober begann der türkische Angriff auf das kurdische Rojava mit Luftschlägen, Bombardements und heftigem



Artilleriefeuer. Der türkische Präsident Erdogan und die Armee des Landes ließen schon seit Tagen keinen Zweifel daran, dass ein blutiger Angriff von langer Hand vorbereitet war.

Das türkische Regime betrachtet eine Besetzung Rojavas oder zumindest von Teilen des kurdischen Kantons als sein „Recht“, das ihm als Regionalmacht bei der Neuordnung Syriens zustehe. Die kurdische Bewegung wird ebenso wie die PKK und alle anderen kurdischen Kräfte in der Türkei als „terroristisch“ verleumdet – ein durchsichtiges Manöver, um den Angriff auf Rojava mit fadenscheinigen Gründen zu legitimieren.

Den öffentlich verkündeten Abzug bzw. Rückzug von US-Truppen verstand nicht nur die Türkei als Signal, dass die USA ihre einstigen Verbündeten, die kurdische PYD (Partei der Demokratischen Union) und von ihr dominierten „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF), endgültig fallengelassen haben. Schon 2018, als die türkische Armee und von ihr unterstützte islamistische Milizen das kurdische Efrîn okkupierten und ein eigenes Terrorregime errichteten, versagten die USA ihren Verbündeten jegliche Hilfe.

Dies offenbart einmal mehr: Wer sich auf einen imperialistischen Verbündeten verlässt, ist am Ende selbst verlassen. Die kurdischen Selbstverteidigungskräfte PYD, YPG/JPG und die SDF trugen

bekanntermaßen die Hauptlast im Krieg gegen den klerikal-faschistischen sog. „Islamischen Staat“ (IS). Auch wenn wichtige Teil des US-Militärs, der Republikanischen und Demokratischen Partei ähnlich wie die meisten europäischen ImperialistInnen mit Trumps Syrien-Politik nicht übereinstimmen, eine härtere Gangart gegenüber Erdogan fordern und die SDF längerfristig als Verbündete und Fußtruppen für die eigenen Interessen halten wollen, betrachten letztlich auch sie die kurdische Bewegung nur als Mittel zum eigenen, imperialen Zweck. Das Bündnis der PYD mit den USA hat den türkischen Angriff letztlich nicht aufgehalten, sondern nur aufgeschoben auf den Moment, wo es den USA nicht mehr nützlich erschien.

## **Ziele der Türkei**

Nun wird die Türkei unter Erdogan versuchen, die Lage zu ihren Gunsten zu nutzen, um einen bis 20–30 Kilometer tiefen „Korridor“ an der türkischen Grenze zu errichten und zumindest Teile der kurdischen Gebiete zu annektieren. Mit dem russischen Imperialismus, den der Despot vom Bosphorus sicherlich fürchtet, dürfte Erdogan ein Abkommen erzielt haben. Darauf deuten jedenfalls seine eigenen Aussagen hin. Die zeitweilige Überlassung von Teilen des syrischen Grenzgebietes scheint auch eine Art

Entschädigung für die Übergabe der Kontrolle der Region um Idlib an Assad und seine SchergenInnen darzustellen. Auch wenn Erdogan die Invasion als Zeichen der Stärke darstellt, so sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Türkei ihre Kriegsziele in Syrien in den letzten Jahren herunterschrauben musste. Mit dem Sieg des Assad-Regimes musste sich Ankara längst abfinden. Nur die Vernichtung jeder Form kurdischer Selbstbestimmung und Autonomie, die Vernichtung eines „KurdInnenstaates“ bleibt als Kriegsziel, das jedoch mit brutaler und mörderischer Konsequenz verfolgt wird.

Daher wird die PYD als „terroristisch“ diffamiert. Die türkische Öffentlichkeit soll durch die gleichgeschalteten Medien – unter tatkräftiger Mithilfe der nationalistischen Opposition – auf Krieg eingeschworen werden. Mittels enormer waffentechnischer Überlegenheit soll die von ihren NATO-Verbündeten (und neuerdings auch von Russland) hochgerüstete Armee die kurdische Bevölkerung demoralisieren und die KämpferInnen der SDF, von YPG und YPI durch massive Bombardements vernichten oder vertreiben. Islamistische Milizen und demoralisierte Einheiten der ehemaligen FSA, die praktisch zu Erdogan-SöldnerInnen mutierten, sollen zumindest die an die Türkei grenzenden Gebiete Rojavas besetzen, die kurdische Bevölkerung und alle weiteren

vertreiben, die sich ihrer Herrschaft von Erdogans Gnaden nicht beugen wollen.

Erdogans Invasion, würde sie Erfolg haben, liefere praktisch auf die ethnische Säuberung dieser Gebiete hinaus, die von der türkischen Armee und ihren reaktionären Verbündeten besetzt wären. Die Vertreibung Hunderttausender in einem immer kleineren und immer unhaltbareren „Restkanton“ Rojava ist Teil des Plans, alle Formen und Institutionen kurdischer Selbstverwaltung zu vernichten.

Dies stellt das eigentliche Kriegsziel der Türkei dar, mit dem die USA und die EU, aber auch Russland, Iran und Assad durchaus leben können. Letzterer bietet zur Zeit zwar den KurdInnen seinen „Beistand“, doch dieser ist freilich nur zu haben, wenn sich die PYD vollständig seinem Regime, seiner Armee, seinen Interessen unterordnet. Gerade die Erfahrung des Bündnisses mit dem US-Imperialismus sollte den KurdInnen klarmachen, dass solche opportunistischen Abenteuer letztlich nicht ihnen, sondern nur ihren „Verbündeten“ nutzen, die sie jederzeit fallenlassen werden, wenn es ihnen opportun erscheint. Eine solche opportunistische Politik hilft nicht nur den ImperialistInnen oder reaktionären Regimen, sie unterminiert auch die Möglichkeit, dort Verbündete zu finden, wo es allein verlässliche für die

kurdischen Massen geben könnte – unter den ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in den arabischen Ländern, in der Türkei, im Iran wie auf dem ganzen Globus.

Das Erdogan-Regime war immer eine aktive Partei im Kampf um die reaktionäre Erstickung der ursprünglich demokratischen syrischen Revolution. Es war immer an der Vernichtung der kurdischen Bewegung in Syrien und erst recht in der Türkei interessiert. Jetzt versucht die Regionalmacht, sich ihren Anteil an der „Beute“ und damit ein „Mitspracherecht“ bei der zukünftigen Ordnung Syriens zu sichern.

Zynisch versucht Erdogan auch das sog. „Flüchtlingsproblem“ zu lösen. Hunderttausende syrische Geflüchtete sollen aus der Türkei oder der Provinz Idlib in den zu erobernden Gebieten Rojavas „angesiedelt“ werden. Gefragt werden sie dabei nicht. Auch sie sollen gegen die kurdische Bevölkerung und Bewegung in Stellung gebracht werden, um eine spätere „Ordnung“ auf nationalistischen Gegensätzen und Unterdrückung der KurdInnen aufzubauen.

## **Internationale Gemengelage**

Gegen die offen reaktionäre Politik erheben die VertreterInnen der EU, darunter auch die Bundesregierung,

„Bedenken“. Der scheidende EU-Kommissionspräsident Juncker fordert die Einstellung der türkischen Angriffe, zumindest aber ein „verhältnismäßiges“ Vorgehen. Der deutsche Außenminister will ebenfalls eine Einstellung des Angriffs und fordert die Türkei auf, „ihre Sicherheitsinteressen auf friedlichem Weg zu verfolgen“ – eine diplomatisch verlogene Formulierung, die bei aller Kritik am Erdogan-Regime implizit anerkennt, dass es in Rojava legitime Sicherheitsinteressen verfolgt. Solche „FreundInnen“ werden für die KurdInnen keinen Finger rühren. Erstens sind sie (und wohl auch große Teile des US-Establishments) an einer Türkei interessiert, die ökonomisch nicht zusammenbricht und auch nicht ins Lager von Putin abwandert. Zweitens kritisieren sie zwar Erdogans Flüchtlingspolitik als zynisch – aufnehmen wollen sie aber selbst keinen einzigen Menschen aus Syrien. Zur Not lassen eben auch sie einmal mehr die KurdInnen fallen.

Erdogan und die türkische Regierung sind sich dieser politischen Gemengelage bewusst. Sie wissen, dass sie, abgesehen von Rhetorik, bei einer Invasion, die sich auf Teile Rojavas beschränkt, relativ wenig unmittelbare Probleme zu erwarten haben, solange Russland diese toleriert.

Damit will die türkische Armee zugleich das Risiko großen,

dauerhaften Widerstandes verringern. Sie könnte militärische Erfolge als Mittel nutzen, von den inneren Problemen im Land, allen voran der ökonomischen Krise, abzulenken. Schließlich erweist sich „das Volk“ für den nationalistischen Wahn dann am empfänglichsten, wenn das „eigene“ Land Siege vorzuweisen hat. Ein Sieg Erdogans würde daher nicht nur für hunderttausende EinwohnerInnen Rojavas und für das kurdische Volk eine barbarische Niederlage bedeuten, er soll auch dazu dienen, die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in der Türkei an „ihren“ Präsidenten zu binden, also Erdogan und seine Herrschaft im eigenen Land zu stärken.

## **Sieg für Rojava!**

Daher müssen die gesamte internationale ArbeiterInnenbewegung, die Linke, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte gegen die drohende Invasion der Türkei mobilisieren und, für den Fall des Angriffs, für deren Niederlage eintreten. Wir treten für den Sieg der SDF und der kurdischen Selbstverteidigungskräfte ein – und damit auch dafür, dass sie die Mittel für diesen Sieg erhalten.

Der Kriegstreiber Erdogan wird nur gestoppt werden können, wenn Millionen in Solidarität mit Rojava demonstrieren, wenn

das türkische  
Regime und die Armee selbst unter Druck geraten. Jede  
militärische  
Unterstützung, jede Waffenlieferung an die Türkei muss sofort  
beendet werden.  
Die ArbeiterInnenbewegung, allen voran die Gewerkschaften,  
müssen die  
militärische und wirtschaftliche Unterstützung Erdogans durch  
Streiks und  
ArbeiterInnenboykotts unterlaufen.

Die Grenzen der EU müssen für die syrischen Flüchtlinge  
geöffnet werden, auch um zu verhindern, dass sie für Erdogans  
Krieg missbraucht  
werden. Während die EU und andere imperialistische Staaten  
Erdogan verhalten  
kritisieren und die KurdInnen für ihren Kampf gegen den IS  
loben, so verweigern  
sie diesen nicht nur Hilfe – sie verfolgen vielmehr weiter  
kurdische  
Organisationen wie die PKK in Europa. Damit muss Schluss sein  
– Aufhebung aller  
Verbote kurdischer und türkischer revolutionärer, linker und  
demokratischer  
Organisationen in der EU und in Deutschland!

Auch wenn die Türkei die Invasion in Rojava beschränken will  
und daher zu vermeiden sucht, dass es zu einer offenen  
Konfrontation mit  
syrischen, russischen, iranischen oder auch verbliebenen US-  
amerikanischen  
Streitkräften kommt, so kann der Angriff sehr wohl zu einem  
Flächenbrand  
werden. Der Nahe Osten ist längst zu einem zentralen  
Aufmarschgebiet im Kampf



um die Neuaufteilung der Welt geworden – daher kann jeder Konflikt auch entgegen den unmittelbaren Kriegszielen und Absichten der einzelnen AkteurInnen internationalen, globalen Charakter annehmen. Auch daher muss die internationale ArbeiterInnenbewegung gegen den türkischen Angriff mobilisieren. Ein erzwungener Rückzug der türkischen Armee oder ein erfolgreicher Widerstand der KurdInnen könnten jedoch in Verbindung mit dem Aufbau einer internationalen Solidaritätsbewegung, von Protesten, Streiks und Demonstrationen auch zu einer fortschrittlichen Internationalisierung der Auseinandersetzung führen – nämlich zur engeren Verbindung der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten in der Türkei, Syrien, im Iran oder auch dem Irak.

- Beteiligt Euch an den Solidaritätsdemonstrationen und Aktionen!
- Demos gegen den türkischen Angriff:  
<https://tatortkurdistan.noblogs.org/>

---

# Offene Grenzen statt Hölle

# von Moria!

Korrespondent [REVOLUTION](#), Infomail 1071, 5. Oktober 2019

Am Sonntag, den 29. September brach im Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ein gewaltiges Feuer aus. Zwei Wohncontainer standen in Flammen und rissen mindestens zwei Menschen – eine Mutter mit ihrem Kind – in den Tod. Die BewohnerInnen des für 3.000 Menschen ausgelegten und aktuell von ca. 13.000 Menschen bewohnten Camps reagierten mit Protest und Ausschreitungen. Die Repression ließ nicht auf sich warten: Während also das Feuer wütete, griff die griechische Polizei die Menschen zusätzlich mit Tränengas an. Auf weiterhin täglich stattfindende Proteste reagierte Griechenlands neue konservative Regierung mit einer massiven Verstärkung der auf der Insel stationierten Polizeieinheiten.

Das Camp Moria wurde aufgrund der unmittelbaren Nähe der Insel Lesbos zur Türkei seit 2015 schnell zum „Hotspot“. Seinen berüchtigten Ruf erhielt die „Hölle von Moria“ aufgrund der unhaltbaren Überbelegung und der unmenschlichen Zustände im Inneren. BewohnerInnen berichteten mehrfach von stundenlangen Warteschlangen für Mahlzeiten, miserablen hygienischen Zuständen und brutaler Gewalt. Frauen, Kinder und Angehörige unterdrückter Minderheiten, wie zum Beispiel KurdInnen, leiden besonders unter den katastrophalen Zuständen.

Die seit der Etablierung des sogenannten EU-Türkei-Deals zurückgegangene Anzahl von Neuankünften schoss in den letzten Monaten erneut in die Höhe und erreichte Ausmaße, wie sie zuletzt 2015 verzeichnet wurden. Allein im September schafften es ca. 4.800 Menschen von der Türkei auf die Insel Lesbos. Daneben existieren jedoch auch viele weitere griechische Inseln in der Umgebung, an deren Küsten täglich Boote ankommen. Wir vermuten, dass die vielen Neuankünfte ihren Ursprung in den angespannten Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben. So könnte Erdogan mit einer Lockerung des EU-Türkei-Deals drohen, also bewusst mehr Menschen aus der Türkei nach Griechenland durchlassen, um die EU unter Druck zu setzen, ihm bei seinen Invasionsplänen in Syrien nicht in die Suppe zu spucken.

Weiterhin werden täglich Menschen in das ohnehin überfüllte Moria-Camp deportiert. Die Lage vor Ort spitzt sich deshalb weiter zu und die Protestierenden fordern eine Überführung auf das Festland. Griechenlands Regierungspartei „Nea Dimokratia“ reagiert mit Repression und Asylrechtsverschärfungen, so wie sie es auch in ihrem rassistischen Wahlkampf angekündigt hatte. Eine Krisensitzung des Ministerkabinetts beschloss, 10.000 Menschen wieder in die Türkei abzuschieben und geschlossene Gefängnisse für abgelehnte Asylsuchende zu errichten. Anstatt sich der unmenschlichen Zustände in Moria anzunehmen und den Leuten Schutz vor Verfolgung,

Krieg und Armut zu  
gewähren, setzt Ministerpräsident Mitsotakis auf den Ausbau  
der Festung Europa  
und schnelle Abschiebungen. Rückendeckung erhält er dabei von  
PolitikerInnen  
der EU, wie z. B. auch vom deutschen „Heimatminister“ Horst  
Seehofer.

Linke, AntifaschistInnen, soziale Bewegungen und vor allem  
die Gewerkschaften müssen den Protesten in Moria nun zur Seite  
stehen und  
gemeinsam Widerstand gegen die „Nea Diktatura“ aufbauen.  
Gründe dafür gibt es  
viele: So ließ Mitsotakis in seiner kurzen Amtszeit bereits  
mehrere besetzte  
Häuser in Athen räumen und schaffte das nach der  
Militärdiktatur 1982  
etablierte „Universitäts-Asyl“ ab. Seine Politik ist es, die  
bereits von der  
Syriza-Vorgängerregierung eingeführten Repressionsmaßnahmen zu  
verschärfen. Auf  
gemeinsame Großdemos müssen deshalb Streiks in Betrieben, Unis  
und Schulen  
folgen, um die von Mitsotakis und EU-MinisterInnen geplanten  
Abschottungs-,  
Abschiebe- und Sparmaßnahmen zu stoppen.

Wir fordern:

- Schluss mit der „Hölle von Moria“! Wohnungen statt überfüllter Container! Für sofortige dezentrale Unterbringungsmaßnahmen!

- Volle StaatsbürgerInnenrechte für alle! Für die Aufnahme aller Geflüchteten in die Organisationen unserer Klasse statt nationalistische Spaltung!
  - Für die Rücknahme aller rassistischen und repressiven Maßnahmen der Nea-Dimokratia-Regierung und den sofortigen Stopp des EU-Türkei-Deals!
  - Fähren statt Frontex, offene Grenzen statt Festung Europa!
- 

## **Pakistan: Jiand Baloch ist wieder frei – die BelutschInnen nicht!**

*Liga für die Fünfte Internationale, Infomail 1065, 17. August 2019*

Am 2. August konnten wir die Freilassung des Studentenführers der Baloch Students Organization (BSO) Jiand Baloch feiern, die auf der Facebookseite der BSO bekanntgegeben wurde (<https://www.facebook.com/bsol967/>). Jiand „verschwand“ am 30. November 2018. Einige Tage später „verschwanden“ drei weitere Genossen der BSO, Zareef Rind, Changez Baloch und Aurangzaib Baloch. Während letztere am 5. Januar wieder freigelassen wurden, mussten all jene, die Jiand und seinen Idealen nahestehen, für weitere sieben Monate um sein Leben fürchten.

Die Entführung oder das so genannte „Verschwinden“ von BelutschInnen wie Jiand ist eine gängige Praxis gegen politische AktivistInnen und Angehörige unterdrückter, nationaler Minderheiten in Pakistan. Es trifft die Bevölkerung Belutschistans, Pakistans südwestliche Provinz, besonders hart. Geschätzte 20.000 Menschen sind seit den 1990ern verschwunden. Viele wurden nie wieder gesehen nur als geschundene Leichnahme, die am Straßenrand abgeworfen wurden. Der pakistanische Zentralstaat und die KapitalistInnenklasse, die vor allem im Punjab und in Karachi angesiedelt ist, verfolgen seit jeher eine Agenda der inneren Kolonisierung gegenüber den anderen drei Provinzen und weiteren Regionen wie Gilgit-Baltistan. Das belutschische Volk ist am stärksten betroffen, da die Region reich an Ressourcen und von geostrategischer Bedeutung ist, jedoch nur wenige ihrer BürgerInnen in der Position sind, sich der Ausbeutung durch inländisches und internationales Kapital entgegenzustellen. Die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes hat immer wieder zur Bildung von Guerilla-Kräften geführt. In Reaktion auf eine Wiederbelebung der Guerilla-Bewegung 2018 hat der Staat mit voller Gewalt jedwede Form von Opposition unterdrückt.

Die Liga für die Fünfte Internationale und REVOLUTION standen auf der Seite der belutschischen studentischen AktivistInnen

und warben international für ihre unmittelbare und sichere Freilassung. Wir haben das getan, weil wir davon überzeugt sind, dass nur durch die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung unterdrückter Völker ein gemeinsamer Kampf gegen den Kapitalismus entstehen kann. Nur durch die Solidarität mit der unterdrückten „Peripherie“ – sei es in Kashmir, Palästina oder Belutschistan – können die ArbeiterInnen in den Metropolen eine Einheitsfront gegen die Unterdrückung und die gemeinsame Ausbeutung mit ihren Brüdern und Schwestern schaffen.

Wir möchten all jenen Menschen, AktivistInnen und Organisationen, danken, die ihre Stimme in Solidarität mit Jiand Baloch und der BS0 erhoben haben. Es waren eure Anstrengungen, die das Leben eines Genossen gerettet haben. Anstatt die BS0 zu zerstören, hat die staatliche Repression nun zu ihrer größeren Bekanntheit geführt. Neue Schichten der Gesellschaft wurden über die demokratischen und sozialistischen Ziele der jungen belutschischen AtivistInnen aufgeklärt. Wir glauben, dass genau das der Weg ist, wie internationale Solidarität aussehen kann und der Aufbau einer sozialistischen ArbeiterInnen- und Jugendbewegung vorangebracht werden kann. Sie werden nicht durch passives Abwarten auf eine bessere Zukunft entstehen. Sie entstehen durch das mutige und bewusste Eingreifen von SozialistInnen in Kämpfe,

wie jenes des belutschischen Volkes für Freiheit.

In diesem Sinn möchten wir nicht nur jenen danken, die Jiand unterstützt haben, sondern alle daran erinnern, dass auch heute noch tausende BelutschInnen vermisst werden. Die Provinz steht immer noch faktisch unter Militärherrschaft. Demokratische Rechte bestehen allenfalls auf dem Papier. Wir möchten euch daher darum bitten, auch in Zukunft eure Stimme zu erheben. Die Linke und ArbeiterInnenorganisationen in Pakistan und international müssen sowohl politische als auch materielle Unterstützung für den Aufbau einer sozialistischen Jugend- und ArbeiterInnenbewegung in Belutschistan leisten.

---

## **Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir**

*Erklärung der [Revolutionary Socialist Movement](#), Pakistan, 10. August 2019, Infomail 1064, 11. August 2019*

Am 5. August  
präsentierte Amit Shah, Indiens Innenminister und gleichzeitig



Präsident der regierenden Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP), im Rajya Sabha (Staatenversammlung; zweite Kammer), dem Oberhaus des indischen Parlaments, einen Präsidentenbefehl zur Aufhebung von Artikel 370, einer Verfassungsbestimmung, die dem Staat Jammu und Kaschmir einen Sonderstatus einräumte. Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution im Oberhaus mit einer Mehrheit von 125 Stimmen gegen 61 angenommen.

## **Aufhebung von Artikel 370**

Im Unterhaus (Lok Sabha; Volksversammlung; erste Kammer) wurde der Beschluss mit einer Mehrheit von 367 Stimmen gegen 67 Stimmen gefasst. Artikel 370 gab der gesetzgebenden Versammlung Jammus und Kaschmirs die Befugnis, eigene Gesetze in allen Bereichen zu erlassen, mit Ausnahme von Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung und der Kommunikation, die bei Delhi blieben. Außerdem hatte der Staat Jammu und Kaschmir das Recht auf eine eigene Verfassung und eine eigene Flagge. Diese Verfassungsbestimmungen verpflichteten den indischen Staat, diese Bestimmungen nicht ohne die volle Zustimmung beider Seiten zu ändern.

Mit der Aufhebung von Artikel 370 wurde all dies jedoch beendet. Der Staat Jammu und Kaschmir wurde seines Status der begrenzten Autonomie innerhalb Indiens beraubt. Die von der BJP ausgearbeitete Resolution schlägt ferner vor, den Staat in zwei Unionsterritorien aufzuteilen: erstens Jammu und Kaschmir und zweitens Ladakh. Das bedeutet, dass die erstere ihre eigene gesetzgebende Versammlung beibehalten und die indische Zentralregierung einen (weisungsgebundenen) Gouverneurstatthalter ernennen wird, während Ladakh direkt von Delhi aus regiert wird, d. h. es wird dort keine eigene gesetzgebende Versammlung geben.

Darüber hinaus wurde unter der Präsidialverordnung auch Artikel 35-A aufgehoben. Diese Verfassungsbestimmung erlaubte es der Legislative des Staates Jammu und Kaschmir zu definieren, wer die ständigen BewohnerInnen des Staates sind, d. h. seine BürgerInnen. Dies war ein Gesetz aus der Zeit der Maharadscha-Herrschaft vor 1947, nach dem einE Nicht-Kaschmiri nicht in den Genuss der Bestimmungen für den Kauf von Land in Kaschmir und den Eintritt in den Staatsdienst kommen konnte (Maharadscha: großer Herrscher/Fürst/König). Nun, da Kaschmir keine eigene Verfassung mehr haben wird, muss es sich wie jeder andere Staat an die indische Verfassung halten. Das

bedeutet auch, dass  
alle indischen Gesetze automatisch auf Kaschmiris anwendbar  
sind und Menschen  
von außerhalb des Staates dort Immobilien kaufen können. Kurz  
gesagt, der Staat  
Jammu und Kaschmir wurde zu einem Teil Indiens gemacht, indem  
man ihm seinen  
Sonderstatus entzogen hat.

Bereits viele  
Tage vor der Aufhebung von Artikel 370 war eine Situation  
ähnlich einem  
Ausnahmestand geschaffen worden, in der alle  
Nichtansässigen, TouristInnen,  
StudentInnen und ArbeitsmigrantInnen in Kaschmir zur Ausreise  
gezwungen wurden.  
In einer der ohnehin schon am stärksten militarisierten Zonen  
der Welt wurde  
der Einsatz von Truppen erhöht. Die örtliche Polizei wurde  
aller Autorität  
beraubt und entwaffnet, während alle Bildungseinrichtungen  
geschlossen und die  
BewohnerInnen von Jugendherbergen vertrieben wurden. Darüber  
hinaus wurden  
Internet-, Mobilfunk- und sogar Festnetztelefondienste  
eingestellt. Außerdem  
wurde sogar die kaschmirische Führung im Dienste der indischen  
Staatsinteressen  
unter Hausarrest gestellt, während die Führung der  
FreiheitskämpferInnen hinter  
Gittern landete. Mehr als 500 Menschen sitzen in Haft, und es  
gab Berichte,  
dass 50 DemonstrantInnen getötet wurden, als sie versuchten,  
zu mobilisieren  
und der Ausgangssperre zu trotzen.

In dieser Situation kursieren alle möglichen Gerüchte, die eine Atmosphäre von Angst und Chaos erzeugen.

## **Hindutva-Politik**

All dies geschieht natürlich im Rahmen der Hindutva-Politik von Narendra Modi. Hindutva ist das neue Gesicht des indischen Kapitals, das versucht, sich China als Wirtschafts- und Militärmacht anzugleichen. Die Modi-Regierung will die Kriegshysterie fördern, damit einerseits jeder Widerstand und jede Meinungsverschiedenheit im Namen des Vorwurfs der „Feindschaft gegenüber Indien“ zerschlagen werden kann. Andererseits zielen solche Maßnahmen darauf ab, indischen KapitalanlegerInnen die Möglichkeit zu geben, Kaschmir auszubeuten und zu plündern. Sofort nachdem Kaschmir seines Sonderstatus beraubt wurde, hat die KapitalistInnenklasse auf beiden Seiten der Grenze Gefühle von Hass und Kriegshysterie verbreitet.

Auf der einen Seite der Grenze wird die aktuelle Entwicklung als Sieg für die Modi-Regierung wahrgenommen. In Pakistan hingegen sieht die KapitalistInnenklasse, die mit

einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert ist, ihren einzigen Ausweg ebenfalls im Schüren von Kriegshysterie. Die aktuelle Entwicklung hat die beiden Atommächte in Konfliktstellung gebracht. Sollte jedoch tatsächlich ein Krieg stattfinden, würde der größte Preis dafür von der einfachen Bevölkerung getragen werden, insbesondere von Kaschmiris, die seit 70 Jahren die Hauptlast der Politik der beiden Länder getragen haben.

Dennoch hat die aktuelle Situation auch die Chancen für einen neuen Kampf geschaffen. Dieser neue Kampf würde einerseits der barbarischen Besetzung kaschmirischer Länder und der Massaker durch Indien entgegenstehen und andererseits auch die Rolle des pakistanischen Staates, der seine eigene Hegemonie in der Region haben will, in Verbindung mit der Politik des pakistanischen Staates in seinen besetzten Gebieten, den so genannten Asad Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet) und Gilgit-Baltistan (Nordregion; pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung), die die Region in zwei Teile zerrissen hat, deutlich machen.

**Fragen neuer**

# neuen Bewegung

Es ist sehr wahrscheinlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Bewegung entstehen wird, die die Selbstbestimmung Kaschmirs zum Ziel hat und alle Nationen im Staat Jammu und Kaschmir zu einer Unabhängigkeitsbewegung zusammenführt. In diesem Zusammenhang sind einige Dinge zu berücksichtigen, sollte eine solche Bewegung ausbrechen. Die Grundlage dieser Bewegung muss dringend säkular sein, um die Spaltungen zu überwinden, die durch hinduistische versus muslimische politische Ideologien hervorgerufen werden, und zweitens sollte die Bewegung keine Illusionen in irgendeinen der umliegenden Staaten oder in die imperialistischen Mächte wie die USA oder China haben. Alle diese Mächte hegen ihre eigenen egoistischen Interessen und jede Zusammenarbeit mit ihnen im Namen der Lösung des Konflikts in Kaschmir kann verheerende Folgen für die dortige Bevölkerung haben.

Die Vereinten Nationen sind in Wirklichkeit auch eine Institution, die über ihren Sicherheitsrat stets die imperialistischen Interessen schützt, wo immer diese DiebInnen sich einigen können. Andernfalls ist dieses Gremium gelähmt und tut

nichts. Das kaschmirische Volk ist sich bewusst, dass die UNO in den letzten 72 Jahren der Besetzung und Teilung des Landes durch Indien und Pakistan praktisch akzeptiert hat, anstatt den Konflikt zu lösen und ein Referendum abzuhalten, wie 1948 versprochen wurde. Stattdessen müssen die Bewegung und ihre Führung direkt an die Massen der ArbeiterInnenklasse in Indien und Pakistan appellieren, sich für Klassensolidarität einzusetzen.

Im Gegensatz zu dem, was in den pakistanischen Mainstream-Medien präsentiert wird, genießt die Hindutva-Ideologie nicht in allen Bereichen der indischen Gesellschaft Anerkennung. Stattdessen haben sich Organisationen von StudentInnen, Frauen und ArbeiterInnen gegen diese Politik der BJP-geführten Regierung gestellt. Anstatt das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir und den Abzug der indischen Truppen aus dem Staat zu fordern, haben sich die Hauptströmungen der indischen Linken weitgehend gegen die Aufhebung von Artikel 370 ausgesprochen, weil sie die Entwicklung als Bedrohung für die indische Verfassung und den Säkularismus sehen.

Anstatt sich der indischen Besetzung und Kolonisierung der Region als Verletzung des Grundsatzes des Rechts auf Selbstbestimmung zu widersetzen, verteidigt die

Linke de facto

diese Kolonisierung, indem sie sich auf Kaschmir als einen integralen

Bestandteil des indischen Staates bezieht. Und das, obwohl die indischen

Streitkräfte seit Jahrzehnten die schlimmsten Gräueltaten gegen das

kaschmirische Volk verüben, lange bevor Artikel 370 widerrufen wurde.

In den von

Indien besetzten Gebieten Jammu und Kaschmir sind durch die Auferlegung einer

Gouverneursherrschaft durch Narendra Modi trotz Medienberichterstattungsverbot

und Ausgangssperre Proteste junger Menschen ausgebrochen. Einige

DemonstrantInnen wurden getötet und jede Art von demokratischer Aktivität wird

durch den Einsatz von nackter Gewalt und Angst unterdrückt.

Die Zahl der Proteste

wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich zunehmen und der indische Staat wird

jede erdenkliche Methode anwenden, um die Bewegung zu zerschlagen. Wir haben in

der Vergangenheit gesehen, wie Delhi zu Massenverhaftungen, Folter, Massakern

und Vergewaltigungen gegriffen hat, um viele Arten von Kämpfen zu zerschlagen.

Die kaschmirische Bewegung muss auf solche Repressionen vorbereitet sein und

sich bewaffnen, um die Bewegung gegen militärische Barbarei und Unterdrückung

zu verteidigen.



Alle wirklich demokratischen und arbeitenden Kräfte müssen verlangen:

- Das Ende der Besetzung des Staates Jammu und Kaschmir!
- Den Abzug aller Streitkräfte der Teilungsmächte, einschließlich der paramilitärischen Polizei, aus dieser Region.
- Freilassung aller politischen Gefangenen und inhaftierten DemonstrantInnen.
- Aufhebung aller Beschränkungen der demokratischen Freiheiten wie der Versammlung, der Medien usw.
- Anerkennung des souveränen Status von vor 1947 für ganz Jammu und Kaschmir.

Die Bildung von Nachbarschafts- und Betriebskomitees ist eine wichtige Aufgabe, sowohl um den Widerstand zu mobilisieren als auch, sobald die Bedingungen es zulassen, um Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung durchzuführen, die über die Zukunft des Staates Jammu und Kaschmir nach den Wünschen der Bevölkerung der Region entscheiden soll. Darüber hinaus muss der Kampf für ein sozialistisches Kaschmir Teil eines Kampfes für ein sozialistisches Südasien

werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es die Pflicht und im Interesse aller unterdrückten Nationen und der ArbeiterInnenklasse, in voller Solidarität mit dem Kampf für die Freiheit Kaschmirs zu stehen. Hier ist die Rolle der indischen ArbeiterInnenklasse, die im Januar einen 150 Millionen starken eintägigen Generalstreik durchgeführt hat, entscheidend.

---

**Gegen Klassenjustiz und  
staatliche Repression!  
Antifaschismus ist kein  
Verbrechen!**

**Berliner Gericht  
verurteilt Antirassisten**

*Stellungnahme von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION, Infomail 1061, 11. Juli 2019*

Fast ein Jahr nach dem Ersten Mai 2018 verurteilte das Amtsgericht Mitte am 30. April 2019 einen jungen Antirassisten und Genossen zu 6 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Warum? Weil er gemeinsam mit zahlreichen anderen AntifaschistInnen am 1. Mai 2018 gegen ein rassistisches Straßenfest der AfD in Berlin-Pankow protestiert hatte.

Die DemonstrantInnen versuchten damals, in Hörweite der rechten Versammlung möglichst lautstark deren Hetze und Demagogie entgegenzutreten.

Die Polizei schützte an diesem Tag wieder einmal das Demonstrationsrecht der RassistInnen, Rechts-PopulistInnen und „natürlich“ auch von FaschistInnen, die sich gern auf AfD-„Festen“ tummeln.

Demgegenüber musste das Recht der GegendemonstratInnen wieder einmal zurückstehen. Während sie versuchten, ihre Versammlung und ihren Protest durch Ketten zu verteidigen, wurden sie von Polizeikräften abgedrängt, geschubst und angegriffen. „Natürlich“ wurden diese Menschen dabei auch gefilmt und fotografiert. Schließlich steht der staatliche Überwachungsauftrag allemal höher als die Privatsphäre seiner BürgerInnen.

Schließlich kam

es auch zu einigen Festnahmen, darunter der Genosse, der am 30. April vor Gericht stand. Festgenommen wurde er, weil ein einziger (!) Polizist bemerkt haben wollte, dass er mit einer Fahnenstange auf einen Polizisten eingeschlagen haben soll.

Auch wenn die Festnahme einige Zeit nach der angeblichen Aktion stattfand, so will der Beamte den Genossen aufgrund seines „markanten Erscheinungsbildes“ erkannt haben und leitete dann die Festnahme ein. Zu dem eigentlichen Tatvorwurf ließ sich – abgesehen von der Behauptung dieses einen Polizisten – kein/e weiterer ZeugIn beibringen. Eine Polizistin wollte zwar einen heftigen Schlag auf den Kopf eines neben ihr stehenden Kollegen bemerkt haben, ebendieser hatte den angeblich mit „voller Kraft“ geführten Schlag auf seinen Helm nach eigener Aussage aber gar nicht bemerkt. Er trug auch eingeständenermaßen keine Verletzung davon.

Während stundenlang Video-Material von den Protestaktionen vorlag, so ließ sich partout keine Aufnahme finden, auf der der behauptete Tatvorgang zu sehen gewesen wäre. Schließlich, so schon die fast tröstliche Erkenntnis, filmt die Polizei doch nicht alles. „Kameramann Zufall“ hatte offenkundig gerade dann

gepennt, als die Situation, so der Gerichtsjargon, besonders „dynamisch“ gewesen wäre.

## **Verurteilung und Klassenjustiz**

All das und so manche Widersprüche der ZeugInnen beeindruckten weder Staatsanwaltschaft noch das Gericht. Wegen angeblicher „versuchter gefährlicher Körperverletzung“ und „tätlichem Angriff auf Polizeibeamte“ wurde er zu sechs Monaten Freiheitsentzug verurteilt, wobei die Haftstrafe für zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurde. Damit folgte der Spruch der Forderung der Staatsanwaltschaft. Bemerkenswert war freilich nicht nur das Schandurteil selbst, das einmal mehr der Kriminalisierung von Antirassismus, Antifaschismus und der ansonsten von der bürgerlichen Gesellschaft viel beschworenen „Zivilcourage“ gleichkommt. Bemerkenswert war auch seine politische Begründung.

- Der Verurteilte wurde anscheinend als „Rädelsführer“ ausgemacht. Er hätte andere mit Sprechchören „angefeuert“. Dadurch war die Polizei auf ihn schon einige Zeit vor der angeblichen Tat aufmerksam geworden. Offenkundig sollte so ein Exempel an einem aktiven Antifaschisten statuiert werden. Menschen, die sich durch antirassistisches Engagement deutlich hervortun,

sollen offenkundig auch besonders „eingeschränkt“ werden.

- Offenkundig ging es dabei nicht nur darum, dass der Genosse einfach da war, sondern er sollte auch wegen seiner Unterstützung der revolutionären Jugendorganisation REVOLUTION gleich mit verurteilt werden. Bezeichnenderweise sprach das Gericht über ihn oft nicht als Teilnehmer einer Demonstration, sondern als deren „Mitglied“. Die Aufschrift seiner Fahne hatte der Polizist und Hauptzeuge gut in Erinnerung, während er sich an den Schriftzug auch nur irgendeines Transparentes, das die DemonstratInnen zeigte, nicht erinnern wollte.
- Das hohe Strafmaß wurde damit begründet, dass der Genosse nicht nur zwei Taten begangen hätte, sondern dass diese im Rahmen des Ersten Mai besonders schwer wiegen würden. An diesem Tag wären Krawalle und Gewalt von Linken angesagt – und in diesem Sinne wäre das Strafmaß auch im Rahmen einer „Generalprävention“ gerechtfertigt. Es geht hier also nicht darum, die angebliche Tat wie jede zu prüfen oder zu beurteilen, sondern es handelt sich offenkundig um ein politisches Urteil zur Abschreckung kämpferischer und aktiver AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Die Klassenjustiz lässt grüßen.
- Das Gericht erklärte außerdem auch, dass der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ in diesem Fall nicht zur Geltung kommen würde, da es erstens keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen gäbe, der sich allenfalls in nachvollziehbare „nebensächliche“ Widersprüche verstrickt habe. Zweitens – und das mache

seine Aussage besonders glaubwürdig – wäre die Polizei schließlich unparteiisch, weil „eigentlich“ unbeteiligt und nur auf den „Schutz der Demokratie“ aus, der auch für AfD, NPD und Co. und deren rassistische Hetze gelte.

- Offenkundig sind manche vor Gericht eben gleicher als andere. Verwundert sollten wir freilich nicht sein, vielmehr manifestiert sich der Klassencharakter des Staates hier im Gerichtssaal. Die Aussage eines Staatsdieners steht über der eines „normalen“ Staatsbürgers, gerade weil der Apparat als über den Klassen stehend erscheint. Diese Ideologie von der „Neutralität“ des bürgerlichen Staates bildet gewissermaßen die Grundlage dafür, dass der Beamte dem Gericht als besonders „glaubhaft“ erscheint, da er die „Neutralität“ des Staatsapparates verkörpere, während der Angeklagte seine eigenen Interessen verfolge. Daher im Zweifel für die Anklage!
- Schließlich konnte das Gericht auch nicht umhin, seinem Urteil eine ausreichende und präventive „Abschreckungswirkung“ zu attestieren und dem Verurteilten auch noch einige Belehrungen in Sachen Demokratie hinterherzuschicken. Mit „Krawallaktionen“ würde er nicht nur sich selbst, sondern auch seiner Sache schaden und Menschen von der Teilnahme an antirassistischen Aktionen abschrecken. Daher: Antirassismus und Antifaschismus sind eine tolle demokratische Einstellung, solange ihr den Anordnungen von Polizei und Versammlungsbehörden folgt und die Rechten nicht weiter stört!

Das Schandurteil

zeigt also: Auf Polizei und Justiz können wir uns im Kampf

gegen den Rechtsruck  
nicht verlassen. Sie schützen vielmehr RassistInnen und  
FaschistInnen;  
sie versuchen, den Widerstand zu kriminalisieren, und  
AktivistInnen  
einzuschüchtern.

So wichtig und  
richtig es ist, auch mit juristischen Mitteln gegen solche  
Verurteilungen  
vorzugehen, verlassen dürfen wir uns auf sie nicht!  
Entscheidend ist vielmehr  
die Solidarität mit dem Genossen und allen anderen  
AntifaschistInnen und  
AntirassistInnen, die von Repression betroffen sind.  
Entscheidend ist es vor  
allem, den Kampf gegen Faschismus, Rassismus und  
Rechtspopulismus mit dem gegen  
das kapitalistische System zu verbinden – organisiert,  
kämpferisch und  
massenhaft!

---

**International solidarity  
against the attacks of the  
so-called „Antideutsche“!**



# **Anti-Zionism is not anti-Semitism!**

*Translation of a [joint statement of internationalist groups and organisations](#) from 13. June 2019*

*The following Joint Declaration of Internationalist Groups and Organizations was adopted on 13. June 2019. The signing groups urge organisations of the global left and labour movement to support the courageous groups who are standing against racism and imperialism in Germany. We ask you to convince your organisations to sign the resolution, support the internationalist left in Germany and to use this campaign as a means to build strong networks that can challenge slander campaigns, claiming that „antizionism is antisemitism“ and support anti-colonial struggles.*

**International solidarity against the attacks of the so-called „Antideutsche“ (Anti-Germans)**

**Anti-Zionism is not anti-Semitism!**

Attacks on internationalist, anti-capitalist and anti-imperialist forces have been increasing, particularly in recent months.

So-called „Antideutsche“ are agitating against all progressive left-wing, democratic, socialist and communist forces that are

critical of  
Israeli policies and their support by German and/or US  
imperialism. Even more,  
they denounce any solidarity with the Palestinian people's  
resistance and  
anti-Zionist forces.

Under the accusation that „anti-Zionism“ is  
„anti-Semitism“, the increasing right-wing danger to life and  
limb in  
Germany and Israel to leftists and migrants is minimized while  
the real growing  
anti-Semitism of the right is downplayed. The central purpose  
of the  
criminalization of anti-Zionists, however, is to silence any  
criticism of  
Israeli and German pro-Zionist foreign policy, any solidarity  
with the  
Palestinian people and, as a rule, any criticism of  
imperialist interventions  
in the Middle East.

To this end, the „Antideutsche“ support right-wing and  
racist governments, such as those in Israel and the US, and  
attempt to denounce  
any criticism of these states as anti-Semitic, even those  
critiques by Jewish  
anti-Zionists.

The so-called „Antideutsche“ are not limited to verbal  
and written harassment, but also resort to other means.

- Exclusion or threats of

exclusion from left alliances against organisations. These include numerous groups such as MLPD, ArbeiterInnenmacht (Workers' Power), REVOLUTION, BDS Berlin, Bonn Youth Movement, FOR Palestine, Jugendwiderstand (Youth Resistance) and other internationalist groups who have been and are affected.

- Denunciation of anti-Zionists in public institutions up to the threat of dismissal from their jobs, and cooperation with the [German state domestic intelligence agency] Agency for the Protection of the Constitution (for example, through „research visits“ conducted by authors from the portal „Ruhrbarone „).
- Attempts to criminalize entire groups and campaigns, such as the BDS campaign, in collaboration with reactionary forces.
- Physical violence and threats against internationalist or anti-imperialist forces, blocs or persons (most recently against the anti-imperialist bloc in Hamburg and against Kerem Schamberger in Marburg).
- Exclusion of anti-Zionist positions from the trade unions, the Social Democratic Party (SDP) and also in the Left Party (DIE LINKE).

The so-called „Antideutsche“ spectrum also has moved, in the context of the current political shift to the right, in a deeply racist direction: authors like Justus Wertmüller and Thomas Maul

(from the magazine „Bahamas“) actively support the AfD in its anti-Muslim racism or the racist mob of Chemnitz. But even the less „extreme“ parts of this spectrum are deeply engaged in political attacks against leftists, anti-racists and internationalists and in defamating them as „anti-Semites“.

Such politics actively hinder the formation of resistance against the swing to the right in the Federal Republic of Germany and ultimately plays into the hands of right-wing forces, which are increasingly strengthening not only in the parliaments, but also on the streets, and pose a growing danger for us all.

Instead of splitting and defamation, the fight against the right, against sexism, racism and nationalism today more than ever requires solidarity and common actions by us: workers, migrants, young people, women, LGBTIAs, school and university students. We see no contradiction in confronting racism together on the street and still representing diverse political positions on various topics.

**Together against exclusion and defamation**

We will fight together in the future against the exclusionary policies, defamation and attacks of „Antideutsche“ – despite our political differences.

We urge all those who understand anti-fascism to be not just a „scene“ but a serious political practice to fight together against these slander campaigns. We will not allow ourselves to be bureaucratically and arbitrarily excluded from alliances and actions. We will not relinquish our freedom of speech and propaganda!

We will continue to fight the racist and nationalist policies of the Israeli government and their support by German and US imperialism. We will continue to fight against warmongering and intervention. We will express our solidarity with the Palestinian resistance and the anti-Zionist forces.

The criminalization of anti-Zionist forces in Germany is a pilot project to suppress any political movement in the future that criticizes the foreign policy of the German government and imperialist interests. Turkish and Kurdish leftist organizations face searches of their homes, arrests, political bans and terrorism allegations. In the future, for example, similar actions against left-wing movements are conceivable, such as those

that stand against a military intervention in Venezuela or against the right-wing government in Brazil.

The attacks against Palestinian organizations are part of the repression targeting the entire international left.

Therefore, we call on all internationalist forces in the left and workers' movement to fight together against this type of denunciation.

We, the undersigned organizations and alliances, pledge to join forces against future attacks by so-called „Antideutsche“ and together oppose all attempts at exclusion.

- No exclusion of internationalist, anti-imperialist and anti-Zionist forces from leftist coalitions or workers' organizations!
- Solidarity with all left-wing groups or individuals who are criminalized, dismissed from their jobs or denounced for their internationalist solidarity!
- Joint protection of left-wing events and blocs against (threatened) physical attacks and provocations by the so-called „Antideutsche“!

We oppose their defamation campaigns, exclusion and slander with our international solidarity! The fight against the right can

be successful if  
we begin to defend ourselves against the attempts at division  
and defamation  
and organize a collective resistance.

Signatories:

[ArbeiterInnenmacht](#)

[BDS Berlin](#)

[BOYCOTT! Supporting the Palestinian BDS Call from Within](#)

[Crisis SOAS](#)

CUP Berlin

[F.O.R Palestine](#)

[ICAHD – Israeli Committee Against House Demolitions](#)

[League for the Fifth International](#)

[MLPD](#)

[No pasarán Hamburg](#)

[Palästina Komitee Stuttgart](#)

[Red Flag](#)

[REBELL](#)

[REVOLUTION](#)

[Revolutionary Socialist Movement \(RSM\)](#)

[Revolutionäre Internationalistische Organisation](#)

[Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz \(RCIT\)  
Deutschland](#)

[Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network](#)

[SOAS Palestine Society](#)

Solidaritätskomitee Katalonien Berlin

[Union juive française pour la paix \(UJFP\)](#)

Additional signatories can contact [info@arbeitermacht](mailto:info@arbeitermacht) or any of the signing groups.



---

# **Internationale Solidarität gegen die Angriffe der sogenannten „Antideutschen“ – Antizionismus ist kein Antisemitismus!**

*Gemeinsame Erklärung internationalistischer Gruppierungen und  
Organisation, 13. Juni 2019*

Angriffe auf  
internationalistische, antikapitalistische und  
antiimperialistische Kräfte  
mehren sich besonders in den letzten Monaten. Sogenannte  
„Antideutsche“ hetzen gegen alle  
fortschrittlichen linken, demokratischen, sozialistischen und  
kommunistischen  
Kräfte, die Kritik an der israelischen Politik und deren  
Unterstützung durch  
den deutschen und/oder US-amerikanischen Imperialismus üben.  
Erst recht  
denunzieren sie jede Solidarität mit dem Widerstand der  
Palästinenser\_innen und  
antizionistischer Kräfte.

Mit dem Vorwurf „Antizionismus“ sei „Antisemitismus“ wird  
die steigende rechte Gefahr für Leib und Leben in Deutschland  
und Israel für

Linke und MigrantInnen relativiert und der reale wachsende Antisemitismus der Rechten verharmlost. Der zentrale Zweck der Kriminalisierung von AntizionistInnen ist jedoch, jede Kritik an Israel und der deutschen pro-zionistischen Außenpolitik, jede Solidarisierung mit der palästinensischen Bevölkerung und tendenziell auch jede Kritik an imperialistischen Interventionen im „Nahen Osten“ mundtot zu machen.

Dafür unterstützen die „Antideutschen“ ausgemacht rechte und rassistische Regierungen, wie in Israel und den USA und versuchen, jede Kritik an diesen Staaten als antisemitisch zu denunzieren, selbst jene jüdischer Antizionist\_innen.

Die sog. „Antideutschen“ beschränken sich dabei nicht nur auf Hetze in Wort und Schrift, sondern greifen auch auf andere Mittel zurück.

- Ausschluss von oder Ausschlussdrohungen gegen missliebige/n Organisationen aus linken Bündnissen. Davon waren und sind zahlreiche Gruppierungen wie z.B. MLPD, ArbeiterInnenmacht, REVOLUTION, BDS Berlin, Bonner Jugendbewegung, F.O.R. Palestine, Jugendwiderstand und andere internationalistische Gruppierungen... betroffen.
- Denunziation von Antizionist\_innen in öffentlichen Institutionen bis hin zur Drohung von Entlassungen und

Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz (z.B. durch „Recherche-Besuche von AutorInnen des Portals „Ruhrbarone“).

- Versuch der Kriminalisierung ganzer Gruppierungen und Kampagnen wie z.B. von BDS in Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften.
- Physische Gewalt oder Drohungen gegen internationalistische oder antiimperialistische Kräfte, Blöcke oder Personen (vor kurzem gegen den antiimperialistischen Block in Hamburg oder gegen Kerem Schamberger in Marburg).
- Ausgrenzung antizionistischer Positionen in den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und auch in der Linkspartei.

Dabei geht das sogenannte „antideutsche“ Spektrum im Kontext des aktuellen politischen Rechtsrucks selber in eine zutiefst rassistische Richtung: Autoren wie Justus Wertmüller und Thomas Maul (von der Zeitschrift „Bahamas“) betreiben aktive Unterstützung für die AfD bei deren anti-muslimischem Rassismus oder auch für den rassistischen Mob von Chemnitz. Doch auch die weniger „extremen“ Teile dieses Spektrums üben sich im politischen Angriff gegen Linke, Antirassist\_innen und Internationalist\_innen und in deren Verleumdung als „Antisemit\_innen“.

Eine solche Politik behindert aktiv die Formation von Widerstand gegen den bundesdeutschen Rechtsruck und spielt letztlich rechten Kräfte in die Hände, die nicht nur in

den Parlamenten, sondern auch auf der Straße zunehmend erstarken und zur wachsenden Gefahr für uns alle werden.

Statt Spaltung und Diffamierung braucht der Kampf gegen rechts, gegen Sexismus, Rassismus und Nationalismus heute mehr denn je Solidarität und gemeinsame Aktionen von uns Lohnabhängigen, MigrantInnen, Jugendlichen, Frauen, LGBTIAs, SchülerInnen und Studierenden. Wir sehen keinen Widerspruch darin, gemeinsam gegen Rassismus auf die Straße zu gehen und trotzdem diverse politische Positionen zu verschiedenen Themen zu vertreten.

## **Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diffamierung**

Gegen die Ausgrenzungspolitik, Diffamierungen und Angriffe von „Antideutschen“ werden wir uns daher in Zukunft gemeinsam zur Wehr setzen – trotz unserer politischen Unterschiede.

All jene, die unter Antifaschismus nicht nur eine Szene, sondern eine ernstgemeinte politische Praxis verstehen, fordern wir auf, mit uns gemeinsam gegen diese Kampagne

anzukämpfen. Wir lassen uns nicht bürokratisch und willkürlich aus Bündnissen und von Aktionen ausgrenzen. Wir lassen uns nicht unsere Rede- und Propagandafreiheit nehmen!

Wir werden weiterhin die rassistische und nationalistische Politik der israelischen Regierung und deren Unterstützung durch den deutschen und US-Imperialismus bekämpfen. Wir werden weiterhin gegen Kriegstreiberei und Interventionen auftreten. Wir werden unsere Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und den antizionistischen Kräften bekunden.

Die Kriminalisierung antizionistischer Kräfte in Deutschland stellt ein Pilotprojekt dar, in Zukunft jede politische Bewegung, die die Außenpolitik der deutschen Regierung und die imperialistische Interessen kritisiert, zu unterdrücken. Türkische und kurdische linke Organisationen werden mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verboten und Terrorismusvorwürfen konfrontiert. In Zukunft sind beispielsweise ähnliche Vorgehen gegen linke Bewegungen vorstellbar, die sich gegen eine militärische Intervention in Venezuela stellen oder gegen die rechte Regierung in Brasilien.

Der Kampf gegen  
palästinensische Organisationen stellte daher einen Teil des  
Kampfes gegen die  
gesamte internationale Linke dar.

Daher rufen wir alle  
internationalistischen Kräfte in der Linken und  
ArbeiterInnenbewegung auf, sich  
gemeinsam gegen die Denunziation zu wehren.

Wir, die unterzeichnenden  
Organisationen und Bündnisse, wollen unsere Kräfte gegen  
zukünftige Angriffe  
von sog. Antideutschen bündeln und gemeinsam allen  
Ausgrenzungsversuchen  
entgegentreten.

- Kein Ausschluss internationalistischer, anti-imperialistischer und antizionistischer Kräfte aus linken Bündnissen oder ArbeiterInnenorganisationen!
- Solidarität mit allen linken Gruppierungen oder Einzelpersonen, die wegen ihrer internationalistischen, solidarischen Haltung kriminalisiert, entlassen oder denunziert werden sollen!
- Gemeinsamer Schutz linker Veranstaltungen und Blöcken gegen (angedrohte) physische Angriffe und Provokationen sog. Antideutscher!

Ihren  
Diffamierungskampagnen, Ausschlüssen und Verleumdungen setzen  
wir unsere  
internationale Solidarität entgegen! Der Kampf gegen rechts  
kann erfolgreich

sein, wenn wir anfangen, uns gegen die Spaltungsversuche und Diffamierungen zu wehren, und gemeinsamen Widerstand organisieren.

## **UnterzeichnerInnen**

[ArbeiterInnenmacht](#)

[BDS Berlin](#)

[BOYCOTT! Supporting the Palestinian BDS Call from Within](#)

[Crisis SOAS](#)

CUP Berlin

[F.O.R Palestine](#)

[ICAHD – Israeli Committee Against House Demolitions](#)

[League for the Fifth International](#)

[MLPD](#)

[No pasarán Hamburg](#)

[Palästina Komitee Stuttgart](#)

[Red Flag](#)

[REBELL](#)

[REVOLUTION](#)

[Revolutionary Socialist Movement \(RSM\)](#)

[Revolutionäre Internationalistische Organisation](#)

[Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz \(RCIT\)  
Deutschland](#)

[Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network](#)

[SOAS Palestine Society](#)

Solidaritätskomitee Katalonien Berlin

[Union juive française pour la paix \(UJFP\)](#)

Weitere UnterstützerInnen bei [info@arbeitermacht](mailto:info@arbeitermacht) oder den unterstützenden Gruppen melden



---

# Tarifikampf bei der Berliner BVG: Solidarität mit dem Streik!

*Lars Keller, Neue Internationale 236, April 2019*

In den vergangenen Monaten fanden nicht nur die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes der Länder statt. In Berlin kämpfen die ArbeiterInnen der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) für bessere Arbeitsbedingungen.

Zu dem Zeitpunkt, da dieser Artikel verfasst wird, steht ein 24-Stunden-Streik am 01. April an, nachdem die Verhandlungen zwischen ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) am 28. März abgebrochen wurden. Dieser Streik verdient in jedem Fall unsere Solidarität!

## Forderungen

Konkret gefordert werden von ver.di: eine 36,5-Stunden-Woche,

Weihnachtsgeld für neu  
Eingestellte, Wegfall der unteren Lohngruppen in Verbindung  
mit schnelleren  
Gehaltssprüngen sowie eine Einmalzahlung von 500 Euro für  
Gewerkschaftsmitglieder.

Angesichts der  
explodierenden Mieten in der Stadt und der geringeren  
Entlohnung der  
BVG-ArbeiterInnen im Vergleich zu anderen  
Infrastrukturbeschäftigten  
(DB/Deutsche Bahn, BWB/Berliner Wasserbetriebe, BSR/Berliner  
Stadtreinigung)  
sind die Forderungen mehr als berechtigt. Zudem müssen die  
BVG-Beschäftigten  
seit Jahren die verfehlte Personalpolitik ausbaden. Auch  
deshalb ist die  
Arbeitszeitverkürzung um 2,5 Stunden pro Woche so wichtig und  
richtig.

Berlin bildet  
dabei nur die Spitze des Eisberges. Laut ver.di fehlen  
bundesweit im ÖPNV mehr  
als 30.000 Beschäftigte. Hier zeigen sich die Folgen von  
Privatisierungen und  
der sogenannten Schuldenbremse, die die Kommunen zum Sparen  
verdonnert und  
damit die Kosten der Finanzkrise 2008 vor allem auf die  
ArbeiterInnen abwälzt –  
sei es durch geringe Löhne, Überlastung, fehlendes Personal  
oder durch hohe  
Fahrpreise.

Dementsprechend

quer stellen sich die Arbeit„geber“Innen. Dreist war das Angebot Mitte März von 12 % über 5 Jahre Vertragslaufzeit. Das Ziel ist eindeutig: die Belegschaft durch einen hohen Wert blenden und sie gleichzeitig möglichst lange in die Friedenspflicht zwingen. Gleichzeitig verdient eine Sigrid Nikutta (BVG-Vorstand) 500.000 Euro pro Jahr und fährt selbstverständlich mit einer dicken Limousine durch die Gegend.

Wo gestreikt wird, da lauert auch der Streikbruch. Beim zweiten Warnstreik am 15. März lieferte ver.di gleich selbst die Möglichkeit zur Schwächung des Arbeitskampfes, indem die Gewerkschaft lediglich die FahrerInnen der Busse zum Streik mobilisierte.

## **Wie kämpfen?**

Zu Recht empörten sich viele BVGlerInnen, viele Fahrgäste konnten auf Tram und U-Bahn ausweichen. Diese Art von Teilwarnstreik schwächt den Kampf. Daher ist es nur richtig, dass zum 1. April wieder die gesamte Belegschaft mobilisiert wird. Dazu gehört die Forderung, die ver.di nicht aufgestellt hat, an Subunternehmen ausgelagerte Buslinien mitsamt ihren Beschäftigten wieder

unters Dach der BVG

zu integrieren! Diese Linien werden am Montag nahezu uneingeschränkt betrieben und damit den Streik unterlaufen.

Aber auch aus

einer anderen Ecke droht der Streikbruch: Die S-Bahn Berlin – ihrerseits

Tochter der Deutschen Bahn AG und daher nicht Teil der Tarifverhandlungen – hat

bereits angekündigt, Betriebsreserven zu mobilisieren, um die Auswirkungen des

Streiks abzufedern. Hier wären die EisenbahnerInnengewerkschaften EVG und GdL sowie die Betriebsräte gefragt, diesen Streikbruch zu verhindern.

Diese

Widersinnigkeit gegenseitigen Streikbruchs von Beschäftigten desselben Sektors

und die Untätigkeit, diesen zu verhindern, verweist darauf, wie notwendig der

Kampf für eine Transport- und Logistikgewerkschaft ist, die alle im Sektor

Beschäftigten umfasst und die demokratisch von diesen kontrolliert wird statt

durch Vorgaben der BürokratInnen. Für diese klassenkämpferische Neuausrichtung

muss in der Basis von ver.di, GdL und EVG in Form von oppositionellen

Strukturen gegen die Apparatschiks gekämpft werden.

Für den Streik

selbst gilt, was wir bereits im Flugblatt zum ersten Ausstand

der BVG

schrieben: Nur ein entschlossener Arbeitskampf kann die Lage ändern – und das

heißt: vom Warnstreik zum unbefristeten Vollstreik! Damit ein solcher breit

getragen wird und erfolgreich sein kann, braucht es Vollversammlungen der

Beschäftigten. Ver.di soll so rasch wie möglich die Urabstimmung einleiten.

Inhalt von Versammlungen in den Depots wie einer Vollversammlung bei der BVG

muss vor allem eine Diskussion sein, wie die Forderungen ohne faule Kompromisse

erzwungen werden können. Dazu braucht es rechenschaftspflichtige

Streikleitungen, die aus der Belegschaft heraus gewählt werden und den

Arbeitskampf koordinieren. Die Verhandlungskommission muss diesen Versammlungen

gegenüber rechenschaftspflichtig und von diesen abwählbar sein. Es darf keinen

Abschluss ohne Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder geben!

## **Streik und Verkehrsfrage**

Eine Aufwertung

des Berufes der FahrerIn ist eines der Versprechen der viel gepriesenen

Verkehrswende. Die Parteien des Berliner Senats (SPD, Linke, Grüne) befinden

sich in der

Tarifaueinandersetzung auf Arbeit,„geber“Innenseite, auch wenn sie

vorgeben, die SchülerInnenbewegung Fridays for Future zu unterstützen und den öffentlichen Nahverkehr zu stärken.

Trotzdem wird die Finanzierbarkeit als Grund vorgeschoben, die Forderungen ver.di abzulehnen. Dies zeigt nicht nur die engen Grenzen der kommunalen Kassen, sondern auch die eines grünen Kapitalismus. Wenn sie nicht finanzierbar ist, gibt es eben keine Qualitätssteigerung im ÖPNV, gibt es weder mehr Personal noch Entlastung der FahrerInnen.

Deswegen treten wir anstelle einer kapitalistischen Verwaltung durch Land und BVG-ChefInnen für eine demokratische Kontrolle durch die VerkehrsarbeiterInnen und lohnabhängigen Fahrgäste in Form eines gewählten Verkehrsplanungskomitees ein. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV, finanziert durch hohe Besteuerung der Reichen und KapitalistInnen insbesondere der Automobil- und Ölindustrie sowie privater Verkehrsgesellschaften. Auch aufgrund dieses Zusammenhangs sollten sich ver.di und die streikenden SchülerInnen zusammentun, Schulstreiks und BVG-Streik zusammenführen. Unbefristeter Streik für unsere Zukunft!